

04.10.2019 – 15:49 Uhr

## Umfrage bei Kandidatinnen und Kandidaten der Parlamentswahlen

Zürich (ots) -

Das Thema Behinderung stösst bei den Kandidatinnen und Kandidaten der Parlamentswahlen auf wachsendes Interesse. Was die damit verbundenen Herausforderungen betrifft, sind sie aber oft etwas ratlos. Das zeigt eine Umfrage von Pro Infirmis.

Der Fragebogen von Pro Infirmis beschäftigte sich mit der umfassenden Behindertenpolitik, der Weiterentwicklung der Invalidenversicherung, den Leistungsverträgen zwischen BSV und Behindertenorganisationen, den Hilfsmassnahmen für ein selbständiges Leben, dem hindernisfreien Bauen und der Zugänglichkeit sowie den pflegenden und betreuenden Angehörigen.

719 gültig ausgefüllte Fragebogen sind eingegangen, was bedeutet, dass 16% der Kandidierenden von rund 20 Parteien geantwortet haben. Im Vergleich zur Umfrage im Jahr 2015 stellt Pro Infirmis somit eine sehr erfreuliche Zunahme der Rücklaufquote um 11% fest. 20% der Bevölkerung der Schweiz lebt mit einer Behinderung. Dennoch erklärten zahlreiche Kandidierende, sie würden sich in diesem Thema nicht genügend auskennen, und bedankten sich bei Pro Infirmis für diesen Fragebogen, dank dem sie die wichtigsten Probleme und Herausforderungen im Zusammenhang mit Behinderung besser erfassen konnten.

Die Befragten befürworten vor allem die Zugänglichkeit von Infrastrukturen (95% Ja zu allen Massnahmen, die den Zugang von Menschen zu Gebäuden und Dienstleistungen erleichtern), Hilfsmassnahmen für ein selbständiges Leben (95% Ja zur Bereitstellung der notwendigen zusätzlichen Geldmittel im Rahmen der IV) und die Anerkennung der Arbeit der pflegenden und betreuenden Angehörigen, insbesondere die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung (97% Ja zum Entwurf des Bundesgesetzes, den der Nationalrat am vergangenen 23. September gutgeheissen hat). Zahlreiche Kandidierende erklären, sie seien direkt von diesem Thema betroffen, sei dies im Beruf oder auf der persönlichen Ebene als pflegende/r Angehörige/r.

Die grosse Mehrheit der Befragten verspricht, sich für alle Massnahmen einzusetzen, die das Leben von Menschen mit Behinderung erleichtern, und eine inklusive Gesellschaft mit zugänglichen Räumen und Dienstleistungen zu fördern. Die Notwendigkeit, ein würdiges Leben zu finanzieren und die vielen Sparmassnahmen im Sozialbereich zu beenden, wird insbesondere von den Vertreterinnen und Vertretern der linken Parteien hervorgehoben. Massnahmen zur Unterstützung der beruflichen Integration finden Unterstützung, hingegen werden Sanktionen gegen Arbeitgeber, die sich nicht daran beteiligen, mehrheitlich abgelehnt.

Pro Infirmis wünscht sich, dass am kommenden 20. Oktober Kandidatinnen und Kandidaten gewählt werden, die sich mit Überzeugung für die Anliegen von Menschen mit Behinderung einsetzen. Sie wird die Kontakte mit ihnen auch während der nächsten Legislatur pflegen, um sie an ihr Engagement zu erinnern oder ihnen zusätzliche Erläuterungen zu den Herausforderungen und Auswirkungen ihrer Entscheide zu geben.

Kontakt:

Felicitas Huggenberger, Direktorin  
felicitas.huggenberger@proinfirmis.ch, 058 775 26 80  
Benoît Rey, Leiter Dienstleistungen Romandie und Tessin  
benoit.rey@proinfirmis.ch, 058 775 30 88

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000701/100833406> abgerufen werden.